

Kommentar

Experiment am lebenden Objekt

Jürgen Amendt über Theorie und Praxis bei Bildungsreformen

Im vergangenen Schuljahr verließ in Berlin ein Jahrgang die 10. Klassen, der in den fragwürdigen Genuss der Berliner Schulreform von 2004 kam. Weil das Durchschnittsalter der hiesigen Erstklässer zu hoch sei, beschloss der damalige Senat, künftig die sogenannte Stichtagsregelung abzuschaffen, nach der Kinder, die erst nach dem 30. Juni das sechste Lebensjahr vollenden, vom Schulbesuch ein Jahr zurückgestellt werden können. Künftig mussten also schon Fünfjährige zur Schule.

In der Theorie klang diese Reform plausibel. Bildungsforscher hatten immer wieder darauf hingewiesen, dass das letzte Kita-Jahr unter Lernaspekten ein »verschenktes« sei; eigentlich schulreife Kinder langweilten sich und durch die verspätete Einschulung würde auch der Eintritt ins Berufsleben zu spät erfolgen. Deutschland, so die Kritik der Forscher, habe die ältesten Studienanfänger.

Doch die Reform stieß in Berlin auf eine Schulpraxis, die auf Fünfjährige gar nicht eingerichtet war. Sinnfälliges Beispiel hierfür war die bauliche Ausstattung vieler Schulen: Türklinken, die zu hoch angebracht waren, Türen, die nur mit Kraftaufwand geöffnet werden konnten, Tische und Stühle, die für die »Kleinen« zu hoch waren.

Als größtes Reformhindernis erwies sich aber die Tatsache, dass die Lehrkräfte auf den Unterricht mit Fünfjährigen nicht vorbereitet waren. Erschwerend kam hinzu, dass die Schulen aufgefordert wurden, sich auf einen jahrgangsübergreifenden Unterricht umzustellen und in einer Klasse demzufolge Fünf-, Sechs-, Sieben- und Achtjährige saßen. Viele Lehrer haben die Reformen nur murrend mitgetragen.

Der Senat musste daraufhin notgedrungen seine Reformen Stück für Stück zurücknehmen. Zunächst wurde beschlossen, das altersgemischte Lernen auf Freiwilligkeit umzustellen, jetzt wird wohl auch die Stichtagsregelung bei der Einschulung fallen; jedenfalls deuten die Verlautbarungen aus dem Abgeordnetenhaus daraufhin.

Das Experiment am lebenden Objekt – den Berliner Schülerinnen und Schülern – es ist gründlich misslungen.

Bildungslexikon

Schulabschlüsse, die; Substantiv, plural. In Deutschland können Schüler verschiedene Formen des Schulabschlusses erwerben. In vielen Bundesländern haben sich in den vergangenen Jahren zwei Bildungsgänge, das Gymnasium/Fachgymnasium und die integrierte Sekundarschule, etabliert. Integrierte Sekundarschulen führen zum Hauptschulabschluss, der mittleren Reife und zur gymnasialen/fachgymnasialen Oberstufe. Förderschulabschlüsse gelten weiterhin.

In den Bundesländern variieren nicht nur die Angebote sondern vor allem die Bezeichnungen der Schularten und deren Abschlüsse. Insgesamt gibt es 37 verschiedene Bezeichnungen. Zum Teil steht hinter den Bezeichnungen auch ein ausdifferenziertes System an Abschlüssen. So führt die neunte Klasse zur Berufsbildungsreife, die zehnte zur erweiterten Berufsbildungsreife (Berlin, Brandenburg) oder den Mittleren Schulabschluss (Berlin) bzw. Realabschluss/Fachoberschulreife (Brandenburg). *Ign*

www.schulsystem.info



Sehen harmlos aus, tragen aber eine tödliche Last: Kriegsdrohnen, an deren Entwicklung auch deutsche Wissenschaftler beteiligt sind

Foto: dpa

Bombenstimmung im Forschungslabor

Deutsche Unis arbeiten verstärkt der Rüstungsindustrie zu. Zivilklauseln, die zur friedfertigen Wissenschaft verpflichtet werden, werden immer häufiger ausgehebelt. Von Michael Schulze von Glasjer

Seit sechs Jahren gibt es nun schon eine bundesweite Bewegung gegen Militärforschung an Hochschulen. Mitte Januar trafen sich in Berlin rund 60 Aktive, die an ihren 26 Universitäten für so genannte »Zivilklauseln« streiten. Die Studierenden und Uni-Mitarbeiter wollen mit den Klauseln in den Grundordnungen der Bildungseinrichtungen Rüstungsforschung Einhalt gewähren. »Es waren auch viele neue Leute da«, freut sich Lucas Wirl von der »NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«. Er hat das Treffen in Berlin mitorganisiert und sieht die Bewegung wieder im Aufschwung. Denn in den vergangenen Monaten gab es verschiedene Probleme.

An etwa 20 deutschen Universitäten gibt es aktuell Zivilklauseln. Vermehrt wurden aber Fälle bekannt, bei denen an den Einrichtungen trotzdem an Rüstungsprojekten geforscht wurde. Dies geschieht zum einen, weil viele Klauseln nur schwammig formuliert sind. Zum anderen werden die Klauseln an den Einrichtungen nicht »gelebt«, sind kaum bekannt oder werden schlicht ignoriert. So beschloss beispielsweise in Tübingen der Senat 2010, dass »Lehre, Forschung und Studium an der Uni-

versität« nur noch »friedlichen Zwecken dienen« sollen. Dennoch wurde 2011 eine Stiftungsprofessur für den Organisator der militaristischen »Münchener Sicherheitskonferenz«, Wolfgang Ischinger, zugelassen. An der Universität Konstanz gibt es bereits seit 1991 eine Zivilklausel. Trotzdem gab das Verteidigungsministerium 2013 ungefähr 65 000 Euro für Forschungsprojekte an der Hochschule aus. Ein weiteres Beispiel. Allein in Niedersachsen wurden zwischen 2000 und 2013 knapp 150 militärische Forschungsprojekte an den Hochschulen eingerichtet; 21 Hochschulen nahmen damit rund 25,3 Millionen Euro an Forschungsgeldern ein. Auftraggeber waren Rüstungsunternehmen, das Bundesverteidigungsministerium, aber auch ausländische Institutionen wie das Pentagon in Washington.

Das grundlegende Problem ist mangelnde Transparenz: Es ist vielfach nicht bekannt, an welchen Unis Militärforschung stattfindet und an welchen nicht. »Uni-Leitungen sagen häufig, sie hätten keinen Überblick über Drittmittel-Projekte, bei denen etwa Rüstungsbetriebe oder das Verteidigungsministerium Forschungsprojekte finanzieren«, so Lucas Wirl. Diese Unwissenheit dürfe in vielen Fällen angezweifelt werden. Uni-Lei-

tungen hätten natürlich kein Interesse an einer öffentlichen Debatte über heikle Forschungsprojekte. »Wir fordern daher die Einrichtung von Ethikkommissionen an Universitäten, um die Vereinbarkeit geplanter Forschungsvorhaben mit bestehenden Gesetzen und Zivilklauseln zu prüfen«, erklärt Wirl.

Aufgrund der Probleme an den Universitäten wenden sich die Akti-

Der Begriff »friedlich« wird oft so umgedeutet, dass auch militärische Projekte als dem Frieden dienend ausgelegt werden.

visten vermehrt der Landespolitik zu. Im neuen Landeshochschulgesetz von Nordrhein-Westfalen heißt es, dass die Hochschulen einen »Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt« entwickeln sollen: »Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach.«

nenswerte Ergebnisse in das Projekt investiert. »In den Schulen verstauben hochwertige und – wie manche meinen – überdimensionierte Superrechner, ohne dass die Schulleiter über den Stand der Dinge auf dem Laufenden gehalten würden.« Kritisiert wurde auch die Absicht, einheitliche Rahmenlehrpläne einzuführen. So sehe die CDU hierin einen »weiteren Anhaltspunkt dafür, dass die SPD durch die Hintertür die »Einheitsschule« erreichen wolle«. Und dann sei da der »Dauerbrenner Unterrichtsausfall«.

In der Tat hat Anfang 2015 die GEW-Schulleiterversammlung in einem auf gew.de publizierten offenen Brief einen Mangel an Sozial-

Ausgeschlossen ist Militärforschung damit nicht. Der Begriff »friedlich« wird oft so umgedeutet, dass auch militärische Projekte als dem Frieden dienend ausgelegt werden. Zudem ist der Punkt im neuen Hochschulgesetz nicht bindend. In Thüringen hat es die Zivilklausel kürzlich in den Koalitionsvertrag der Rot-Rot-Grünen-Landesregierung geschafft. Diese verspricht, mit den Hochschulen einen Diskussionsprozess über die Einführung einer Zivilklausel zu führen: »Die Möglichkeit einer gesetzlichen Verankerung wird geprüft.« Auch in Bremen und Hessen gibt es Pläne, eine Zivilklausel im Landesgesetz zu verankern.

Einfach sind die Debatten darüber aber nicht. In Baden-Württemberg weigert sich Bildungsministerin Theresia Bauer (Grüne) vehement, eine Zivilklausel im Hochschulgesetz festzuschreiben – und das, obwohl sie und die beiden Regierungsparteien Grüne und SPD dies noch selbst gefordert hatten, als sie in der Opposition waren.

Sich in die Landespolitik einzumischen ist aber nicht der einzige Plan, den die Zivilklausel-Aktivistinnen verfolgen. Schon seit Jahren wird überlegt, Universitäten, die eine Zivilklausel besitzen und diese nachweislich einhalten, zu zertifizieren

und als »Friedliche und Zivile Hochschule« auszuzeichnen. Noch fehlen die Kapazitäten – etwa Prüfer und auch inhaltliche Standards –, um ein solches »Gütesiegel« umzusetzen. Doch die Pläne sollen 2015 reifen.

Dies gilt auch für die so genannte »Pugwash Pledge«. Dabei handelt es sich um eine Erklärung der Wissenschaftler, dass die von ihnen erarbeiteten Forschungen nicht militärisch verwendet werden sollen. In den USA soll dieser Appell der Forscher bereits Anwendung finden. Die Zivilklausel-Bewegung hierzulande möchte die »Pugwash Pledge« zunächst bekannter machen und Professoren und Dozenten dafür gewinnen. Auch eine Website, auf der Wissenschaftler sich für zivile und friedliche Forschung bekennen, ist denkbar.

Um weitere Mitstreiter zu finden, ist zudem ein Buch in Planung, das eine Art »Anleitung zur Zivilklausel« sein soll und neuen Gruppen bei der Arbeit helfen soll. Wann das Buch erscheint und ob all die Vorhaben auch umgesetzt werden, wird sich erst noch zeigen müssen. »Wir sind sehr motiviert«, macht Lucas Wirl auf jeden Fall deutlich. Ein nächstes bundesweites Treffen ist für das Sommersemester im nordhessischen Kassel geplant.

Bildungsrauschen

Berliner Bildungsdilemma

Die Politik von Berlins Bildungssektorin Sandra Scheeres (SPD) stand schon zu Beginn ihrer Amtszeit unter keinem guten Stern. Vielen Akteuren der Bildungsszene erschien die Diplompädagogin, die weder über Lehrerfahrung noch über ausreichend Kenntnisse des Bildungsbetriebs verfügt, als Fehlbesezung. Auch knapp dreieinhalb

Jahre später wird ihr kein gutes Zeugnis ausgeschrieben. Die Umwandlung der Berufsschulen in Kompetenzzentren werde verschleppt wie auch das IT-Projekt eGovernment@school, das Verwaltungsabläufe verschlanken sollte, heißt es beispielsweise auf tagesspiegel.de. Mittlerweile seien »über 37 Millionen Euro« ohne nen-

pädagogen, Sonderpädagogen und Lehrern für Grundschule und MINT-Fächer im Sekundarbereich ausgemacht. In Berlin gebe es »bundesweit die größten Krippengruppen« und einen Sanierungsbedarf vor allem bei Schulgebäuden, der »bei rund zwei Milliarden Euro« liege. Als »besonders fatal« wird das Abschneiden des ersten Sekundarschuljahrgangs bewertet. Fast jeder zehnte Schüler hat im vergangenen Jahr die 2010 durch den Zusammenschluss von Haupt- und Realschule entstandene neue Schulform ohne Abschluss verlassen. Die höchste Quote gibt es mit 14,7 Prozent bei den Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache. Als Konse-

quenz müsse verstärkt in die Sekundarschulen investiert werden, die ehemalige Hauptschüler besuchen, fordern die Schulleiter. Vor allem aber müsste die Klassengröße auf weniger als 25 Schüler reduziert werden (zur Zeit liegt sie bei 26 Schülern).

tagesspiegel.de sieht Probleme in der Fusion überhaupt. »Gut funktionierende kleine Hauptschulen wurden mit anderen Hauptschulen oder auch mit Realschulen zusammengelegt, die keine Fusion wollten«, wird in einem Kommentar kritisiert. Dies habe bei allen Beteiligten zu »großer Verunsicherung« und dem »Anstieg des Krankenstandes der Lehrer« geführt. *Lena Tietgen*